

Berantwortliche Redakteure  
vor den politischen Theil:  
1. Kantau,  
zu Zeulenroda und Vermischtes:  
2. Kastau,  
für den übrigen redaktionellen Theil:  
3. Schiedehaus,  
amtlich in Posen.  
Berantwortlich für den  
Inseratentheil:  
4. Stärke in Posen.

A m e n d u n g s g e b e .

# Posener Zeitung.

Siebenundneunziger

Jahrgang.

Dr. S.

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 2. Januar.

Inserate, die zehngespaltenen Petitzelle oder deren Raum in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendauflage 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendauflage bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenauflage bis 8 Uhr Nachm. angenommen.

1890.

## Amstisches.

Berlin, 31. Dezember. Der König hat dem vortragenden Rath bei der Ober-Rechnungskammer Geheimer Ober-Rechnungsrath Düring aus Anlaß seines bevorstehenden Dienstaustritts den Charakter als Wirklicher Geh. Oberregierungsrath mit dem Range eines Raths erster Klasse, ferner dem Kreis-Physikus Dr. Klingelhöfer in Kirchhain, dem Kreis-Physikus Dr. Gürler zu Hannover und dem praktischen Arzt Dr. Schmeißer in Hanau den Charakter als Sanitätsrath, dem bei der General-Votteriedirektion angestellten Buchhalter Rossat hier selbst und dem Regierungs-Hauptkassen-Ober-Buchhalter Gorzalla zu Aachen aus Anlaß ihres Übertretts in den Ruhestand den Charakter als Rechnungsrath, sowie dem Domänenrächer, Ober-Amtmann Heinrich Lemerenz zu Breslau, Regierungsbezirk Danzig, den Charakter als Amtsrecht verliehen.

Der König hat dem bisherigen Intendanturraath bei der Intendantur des Königlichen Theaters zu Hannover, Wilhelm Uenze, bei seinem Ausscheiden aus dem Dienst den Charakter als Geheimer Theater-Intendanturraath verliehen.

Den Königlichen Hausfideikommiss-Amtspächtern Albert Niße zu Weizenburg, Wilhelm Landgraf zu Berton, Alphons Matern zu Chvalkovice und Heinrich Naumann zu Tischdorf ist der Charakter als Königlicher Oberamtmann beigelegt worden.

Der Erste Seminarlehrer Heidrich vom Schullehrerseminar zu Ortelsburg ist in gleicher Eigenschaft an das Lehrerinnen-Seminar zu Posen versetzt worden.

Der Seminar-Hülfsschreiber Dr. Hilsenhaus vom Schullehrer-Seminar zu Ober-Glogau ist unter Beförderung zum ordentlichen Seminarlehrer an das Schullehrer-Seminar zu Liebenthal versetzt worden.

Am Lehrerinnen-Seminar zu Posen ist die Lehrerin Gertrud Albrecht von dort als ordentliche Seminarlehrerin ange- stellt worden.

## Politische Uebersicht.

Posen, 2. Januar.

Der nunmehr vorliegende Bericht der Kommission für das Sozialistengesetz, der sich übrigens keineswegs durch Uebersichtlichkeit und Klarheit auszeichnet, enthält im Wesentlichen nur Bekanntes. Indessen werden in einzelnen Punkten doch schärfere Lichter aufgezeigt. Vor Allem sind die Erklärungen des preußischen Ministers des Innern, Herrn Herrfurth, deren Formulirung von dem Minister selbst ausgegangen ist, wenigstens bezüglich des Hauptpunktes der Frage der Ausweisungsbefugniß so unzweideutig, daß an eine Nachgiebigkeit der Regierung in dieser Beziehung nicht zu denken ist. Im Uebrigen wird das Verständniß des Berichtes erheblich erschwert dadurch, daß dem parlamentarischen Gebrauch gemäß die Ausführungen der Mitglieder der Kommission ohne Namens- oder Parteizeichnung mitgetheilt werden. Man ist also hier vielfach auf das Rathen angewiesen. Die vielbesprochene Erklärung über die Stellung des Zentrums, welche vor der Schlühabstimmung bekanntlich seitens des Abg. Windthorst abgegeben worden ist, und über deren Fassung die Angaben s. B. sehr von einander abwichen, hat in dem Bericht eine außerordentlich scharfe Fassung erhalten. Darnach hat Herr Windthorst erklärt, daß Zentrum werde in der Kommission für die Beschlüsse derselben, (lediglich deshalb) stimmen, damit sie in dieser Gestalt zur Verhandlung in das Plenum gelangen. Das Zentrum werde jedoch im Plenum gegen das Gesetz überhaupt stimmen. Damit ist festgestellt, daß die Abstimmung der Mitglieder des Zentrums, in deren Hand es lag, die Ablehnung des dauernden Gesetzes in der Kommission herbeizuführen, lediglich aus taktischen Gründen zu Gunsten des Gesetzes erfolgt ist. Das Zentrum wollte offenbar die National-liberalen und diejenigen Freikonservativen, welche für die Ablehnung der Ausweisungsbefugniß gestimmt haben, für die Verhandlung im Plenum auf diesem Votum festnageln. Im Grunde war das freilich überflüssig, nachdem die nationalliberalen Mitglieder der Kommission erklärt hatten, an der Ablehnung der Ausweisungsbefugniß festhalten zu müssen.

In der vorgestrigen Sitzung des Emin Pascha-Komitees ge langte das nachfolgende Schreiben Emin Paschas zur Verlezung:

Mitesse, Ostafrika, 26. 11. 89.

Hochverehrter Herr!  
Bei meiner Ankunft in Usambara, am Süd-Ende des Victoria-Nyanza, habe ich erfahren, daß eine deutsche Expedition ausgerüstet worden ist, um meinen Leuten und mir Hilfe zu bringen. Gestatten Sie mir deshalb, Ihnen und Allen, die sich an dieser Unternehmung betheiligt haben, schon heute — von unterwegs — unter aller tiefsinnigsten Dank auszusprechen. Ist es mir gestattet, mein Vaterland wiederzusehen, so wird es mir jedenfalls eine angenehme Pflicht sein, Ihnen persönlich den Ausdruck meiner herzlichen Erkenntlichkeit und meinen Dank für Ihre Generosität darzubringen. Ich begrüße das große Unternehmen, das unter Ihrer Regie geplant und verwirklicht wurde, als einen Beweis für das lebhafte Interesse, das man auch in Deutschland den Afrikantischen Verhältnissen zuzuwenden beginnt; ein Interesse, von dem ich mir reichen Segen für diese Länder verspreche. Eigene Ausschau hat mich über die hiesige Lage — ich befindet mich auf deutschem Boden — nur Gutes kennen gelehrt. Ich kann demnach nur wünschen, daß man auf den gelegten Grundlagen recht rüstig fortbaue, damit ein Bau erstehe, der seinen Meistern Ehre macht. Was ich dazu beitragen kann, soll gewiß mit

Freunden geschehen. Genehmigen Sie, hochverehrter Herr, den Ausdruck meiner unvergänglichen Dankbarkeit und glauben mich Ihren tiefsinnigsten Dank.

Da das Schreiben unmittelbar nach dem Betreten des deutschen Bodens verfaßt ist, so läßt sich die Absicht des Schreibers nicht verkennen, über seine Haltung den deutschen Unternehmungen gegenüber, sobald als nach Lage der Dinge möglich war, Klarheit zu verbreiten. Vielleicht wirft diese Kundgebung einiges Licht auf die Differenzen zwischen Emin Pascha und Stanley, auf deren Vorhandensein aus den in den letzten Wochen bekannt gewordenen Schreiben Stanleys geschlossen werden ist. Man muß annehmen, daß Emin Pascha, nachdem er den so hartnäckig in Wadelai vertheidigten Posten in Wadelai verlassen hat, nicht gewillt ist, weiterhin fremden Interessen, insbesondere den englischen dienstbar zu sein. Die Verstimmungen Stanleys Emin Pascha gegenüber, sind, wie man vermuten muß, gerade dadurch hervorgerufen, daß Emin Pascha sich schon zu der Zeit der ersten Ankunft Stanleys abgeneigt erwies, den politischen Plänen, welche Stanley verfolgte, seine Person und seinen Einfluß zur Verfügung zu stellen.

Bei dem geschäftsführenden Ausschusse des Deutschen Emin Pascha-Komitees ist ferner ein Bericht des Dr. Peters eingegangen, der bis zum 8. Oktober reicht. Danach hatte Peters seinen Marsch aus der Landschaft Subafini am Tana aufwärts bis Massa ohne besondere Schwierigkeiten fortgesetzt. Hinter Massa aber mußte eine unbewohnte, wasserlose Steppe durchwandert werden, was nur mit der größten Anstrengung gelang. Hierbei folgte Dr. Peters den Spuren einer englischen Expedition, welche denselben Weg kurze Zeit zuvor eingeschlagen hatte. Die Expedition selbst traf Peters nicht, sie war von Somalis zersprengt und ihr Führer, ein Mr. Smith, den Aussagen der Eingeborenen zufolge, nach Ufamba geflohen, um nach Mombas zurückzukehren. Der Marsch durch die Steppe dauerte vom 16. bis 21. September. An diesem Tage langte die deutsche Expedition in Oda-Galla an, dem ersten bewohnten Ort im Galla-Sultanat am oberen Tana, das nach dem Berichte des Dr. Peters in seiner Gesamtheit nicht den Namen Korkorro, wie auf der Ravenstein'schen Karte angegeben ist, sondern den Namen "Oda-Boru-Ruwa" führt. In dieser Landschaft, eine deutsche Meile hinter Oda-Galla — zwei Tagesmärsche von Hamepe am Kenia entfernt — legte Peters eine Station an, indem er ein Haus erbaute, welches er nach seinem Freunde von der Heydt, dem Schatzmeister des Komites, „von der Heydt-Haus“ nannte. Hier befand sich die Expedition in einer fruchtbaren Gegend und Dr. Peters schließt den ersten, am 28. September geschriebenen Bericht mit dem Ausdruck der Befriedigung über die Lage und die Aussichten der Expedition. Er hoffte bald nach dem Kenia-Gebirge aufzubrechen zu können, um von dort nach dem Baringo-See und weiter ins Gebiet von Emin Pascha zu marschieren. Diesem Bericht ist dann eine Nachschrift d. d. „von der Heydt-Haus, den 8. Oktober“ beigefügt, aus welcher hervorgeht, daß die Ruhe und Sicherheit, deren sich die Expedition in der neuangelegten Station erfreut hatte, nicht von langer Dauer war. Mit dem Galla-Sultan Hugo hatte Peters einen für die Expedition vortheilhaften Vertrag abgeschlossen, der aber die Unzufriedenheit der Großen der Wagalla erregte. Es kam zum Streit, als Peters eine Anzahl Suahelis, welche von den Wagalla geraubt und zu Sklaven gemacht waren, in seinen Schutz und unter die Zahl seiner Träger aufnahm. Am 6. Oktober fand ein kurzes Gefecht statt. Peters, der seinen Leuten vorher ausdrücklich verboten hatte, zu schießen, wurde angegriffen und durch Rothwehr gezwungen, feuern zu lassen. Es gab auf Seiten der Wagalla Tote und Verwundete. Unter Letzteren befand sich der Sultan Hugo. Die Wagalla flohen, Peters blieb Herr des Platzes. Er fehrte dann in sein Lager zurück und stand im Begriff, Verschanzungen anzulegen, um auch gegen die Somalis, die von Osten kommen könnten, geschützt zu sein. Am Schlusse der Nachschrift vom 8. Oktober meldet Dr. Peters, daß Lieutenant v. Tiedemann seit einigen Tagen erkrankt sei, sich aber auf dem Wege der Besserung befindet.

Der Ausfall der böhmischen Ergänzungswahlen hat gezeigt, daß die Deutschen Böhmen an der Politik des Widerstandes gegen die Czechirungsbefreiungen der Regierung festhalten. Daß die von der Regierung angebahnten Ausgleichsverhandlungen zu irgend einem befriedigenden Endegegnis führen könnten, wird in deutsch-österreichischen Kreisen stark bezweifelt, da die Czechen kein Zugeständnis machen werden, welches ihre auf Herstellung des Wenzelstaates gerichteten Zukunftssträume durchkreuzen könnte. Für die Deutschböhmern hängt jetzt Alles davon ab, ob sie bei den übrigen Deutsch-österreichern eine nachhaltige Unterstützung finden werden. Die Hoffnung darauf wird allerdings durch verschiedene Anzeichen

Jüttner werden angenommen  
in Bozen bei der Erzähligkeit des  
Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
ferner bei Hof. Dr. Adalbert Högl  
Dr. Gerber u. Breitfeld-Schule  
Gießerei in Freiburg  
3. Februar, Wilhelmstraße 8  
in Wiesbaden bei Dr. Schaperolle  
in Weimar bei Dr. Matz  
in Weimar bei Dr. J. Jäger  
u. bei den Inseraten-Ausnahmestellen  
von Dr. L. Hause & Sohn  
Quaenstein & Vogler, Rudolf Wolf  
und „Junkersdorff“

unterstützt. So veröffentlicht in der "Bohemia" der bekannte Abgeordnete Dumreicher unter der Überschrift: "Deutsche Gemeinbürgerschaft" einen Artikel, der der Stimmung der Deutschen prägnanten Ausdruck giebt. Es wird darin der Gedanke ausgeführt, daß das Schicksal der Deutschen in Böhmen zugleich das der übrigen Deutschen in Österreich sein werde, daß die Entscheidung des Kampfes in Böhmen zugleich die Entscheidung über die geschichtliche Stellung des Deutschthums in Österreich sei. Es heißt dann wörtlich:

"Kein Wunder, wenn in Mähren, in Schlesien, im Donauthal, in den Alpenländern sich die Erkenntnis mächtig regt, daß wir Deutsche Einer für Alle und Alle für Einen stehen müssen, daß wir nicht zaghaft zuwarten dürfen, bis Einer nach dem Andern überwältigt ist, und daß wir im Geiste unserer großen Gemeinbürgerschaft vor aller Welt darzutun haben, wie wenig wir gesonnen sind, unsere um ihr nationales Dasein ringenden Volksgenossen in Böhmen im Stiche zu lassen. Hierin lag die Bedeutung der Interpellation, welche, bedeckt mit den Unterschriften deutscher Abgeordneter aus allen Gegenden Österreichs, vom Führer der deutschen Linken am 3. Dezember 1889 im Reichsrath eingebracht wurde. Daß der Regierung diese Bedeutung nicht entging, bewies die Art ihrer Beantwortung der Interpellation. Denn diese Beantwortung verfolgte das Ziel, die unverkennbare Erregung der Gesamtheit der Deutschen Österreichs dadurch zu schwächen, daß sie die Angelegenheit in den Rahmen einer provinzialen Frage zurückdrängte. Weit entfernt davon, ihre Sache von der deutsch-böhmischem trennen zu wollen, empfinden die übrigen Deutschen, wie keinem aufmerksam Beobachter von Strömungen der öffentlichen Meinung entgehen kann, vielmehr eine wachsende Neigung, dem nationalen Widerstande des deutschen Elements in Österreich seine letzte Ausdehnung zu geben. Immer häufiger begegnet man, namentlich auch in den Alpenländern, der Auffassung, daß die Enthaltungspolitik der Deutschen in Böhmen eine halbe That bleibe, so lange ihr nicht eine größere That aller Deutschen in Österreich nachfolge; eine größere, wohlüberlegte That, nicht leichterig ausgeführt als ein federnder Wurf, der augenblicklich wirken soll, sondern vollzogen in der festen, klaren Zuversicht, daß ein unhaltbarer staatlicher Zustand und eine Wendung sich ergeben müsse, sobald die Regierung in Wien wie in Prag mit ihren Stücken eine Weile allein gelassen werde. Die unleugbar fortschreitende Verbreitung solcher Denkschriften gibt einen Grabenmauer dafür, wie lebhaft die Ereignisse auf böhmischen Boden überall in Österreich die Geister beschäftigen und die Gemüther erregen."

Wie gerechtfertigt die Anschauung von der gänzlichen Aussichtslosigkeit der Ausgleichsverhandlungen ist, geht aus folgender Meldung hervor: "Die Czechenblätter theilen mit, der Statthalter Graf Thun werde nach Wien reisen, um den Ausgleichskonferenzen beizutreten. Die czechischen Theilnehmer der Konferenz wurden nicht gewählt, sondern von der Regierung berufen, woraus es erklärlich ist, daß kein Jungczecze sich darunter befindet." Der gegenwärtig wichtigste Faktor des czechischen Volksthums, die Jungczeczen, fehlt also gänzlich. Dadurch ist der ganzen Spiegelfechterei das Urtheil gesprochen.

Über die Kriegslasten Italiens hat der italienische Marineminister arg gestöhnt, als er in Turin sich für die Bewirthung des Vereins der Industriellen durch eine Bankettrede bedankte. Er meinte, es sei zu beklagen, daß die europäischen Verhältnisse einen so großen Druck auf ein Land wie Italien ausübten, welches nur bestrebt sei, in Frieden mit Allen zu leben, und welches, nachdem alle seine Bemühungen der Erlangung der Unabhängigkeit gegolten hätten, jetzt die Notwendigkeit fühle, sich gänzlich der wirtschaftlichen und sozialen Wieder geburt zu widmen. Es sei zu wünschen, daß dieser Zustand sich zum Besseren wende. Der hefteste Wunsch, den er an diesem Tage aussprechen könne, sei der, daß der Zustand der Ruhe, wozu Italien gelangt sei, sich derart kräftige, daß bald der Tag kommen möge, wo es möglich werde, die das Land bedrückenden Opfer zu erleichtern. Die Regierung sei von der Pflicht durchdrungen, Alles zu thun, um diesen Tag möglichst bald herbeizuführen; dieselbe habe die feste Absicht, dies Ziel zu erreichen. So reden sie alle, die Herren, in deren Händen die Fäden zusammenlaufen, mit welchen die Riesenheere und -flotten Europas gelenkt werden. Ihre Worte triefen von Friedensversicherungen, aber nichts geschieht, um durch Abrüstungsanregungen diese Worte in Thaten umzuführen. Und dazu vermehrt die italienische Regierung durch Kolonialabenteuer ihre angeblich schwierige europäische Lage aus freien Stücken noch um ein Beträchtliches.

## Deutschland.

\* Berlin, 1. Januar. Wenn die Nachricht, daß die Brüsseler Antislavereikonferenz sich nach ihrem Wiederzusammentritt mit der Aufhebung der Klausel der Kongokakte, welche für das Kongogebiet die Erhebung von Einfuhrzöllen verbietet, beschäftigen sollte, selbst in Handelskreisen wenig Berücksichtigung gefunden hat, so erklärt sich das daraus, daß von vornherein nicht recht verständlich ist, wie diese Frage mit den Maßregeln zur Bekämpfung der Sklaverei in Zusammenhang gebracht werden könnte. Inzwischen wird der Zusammenhang zwischen diesen beiden Fragen einigermaßen durch die aus umtreteter Quelle gekommene Andeutung aufgeklärt, es sei die

Rede davon, dem Kongostaate gewisse Monopole einzuräumen. Zieht man in Betracht, daß die Konferenz so gut wie gar keine Ausicht hat, bezüglichsweise der beantragten Verbote der Einführung von Waffen, Munition und Branntwein zu einer Verständigung zu kommen, so liegt die Vermuthung nahe, daß man sich darauf beschränken wird, die Einführer der in Rede stehenden schädlichen und doch bis zu einem gewissen Grade unentbehrlichen Artikel unter Kontrolle zu stellen. Beispielsweise könnte dann unter Abänderung der Bestimmungen der Kongokonferenz das Recht zur Einführung von Waffen, Munition und Branntwein im Gebiete des Kongostaates lediglich diesem zugestanden werden; im Uebrigen würde dann die Handelsfreiheit, wie sie in der Kongokonferenz stipulirt ist, in vollem Umfange erhalten bleiben. Der Gedanke, daß Deutschland auf dieses Resultat der Berliner Kongokonferenz freiwillig verzichten sollte, angeblich, um den Finanzen des Kongostaates zu Hilfe zu kommen, muß von vornherein für ausgeschlossen angesehen werden.

Die neuliche Meldung der „Kreuzzeitung“, daß der frühere deutsche Konsul in Apia, Dr. Knappe, bei welchem der Reichskanzler den ersten Ausbruch des furor consularis konstatirt hat, demnächst wieder auf seinen Posten zurückkehren solle, stößt auf entschiedenen Widerspruch. Es mag ja sein, daß Herr Knappe bei dem Ausbruch der Streitigkeiten auf Samoa im ersten Augenblick ohne direkte Instruktionen war, aber aus dem, dem Reichstage vorgelegten Weißbuche ist ersichtlich, daß das Auswärtige Amt in den kritischen Momenten jeden Versuch, auf eine Annexion der Inseln hinzuarbeiten, entschieden desavouirte. Ob das damalige Verhalten Knappes, welches die sofortige Abberufung desselben zur Folge hatte, durch die nach der Rückkehr desselben eingeleitete Untersuchung in einem mildernden Lichte erschienen ist, vermögen wir nicht zu sagen, aber selbst wenn das der Fall sein sollte und also einer weiteren Verwendung Knappes im auswärtigen Dienste nichts entgegenstände, so würde doch die Rückkehr desselben nach Apia schon mit Rücksicht auf den in der Berliner Samoakonferenz erzielten Ausgleich der Interessen der beteiligten Mächte vor allem mit Rücksicht auf die samoanische Bevölkerung in hohem Grade bedeutsam sein. — Von anscheinend unterrichteter Seite wird uns bestätigt, daß es bis vor Kurzem die Absicht der Regierung gewesen sei, den Gesetzentwurf betreffend die Errichtung einer subventionirten Dampferlinie nach Ostafrika nicht dem jetzigen, sondern erst dem neu zu wählenden Reichstag vorzulegen. In der Sache würde dadurch wenig geändert, da es sich ohnehin nur um eine verhältnismäßig kurze Verzögerung handelt. Offenbar aber begegnen sich in dieser Angelegenheit Strömungen und Gegenströmungen. In einem Hamburger Blatte wird heute zwar zugegeben, daß die Anschaungen in Regierungskreisen noch getheilte seien, zugleich aber behauptet, die ostafrikanische Gesellschaft habe erklärt, daß sie ihren Geschäftsträger, Herrn Böhsler, abberufen würde, wenn die Dampfervorlage noch ferner in ungewisse Zukunft hinausgeschoben werde. Zur Motivierung dieser sonderbaren Erklärung wird bemerkt, es lagerten mehrere 100 Tonnen Handelsartikel in den Hafenplätzen, welche auf Transport warteten. Man wird hoffentlich nicht behaupten wollen, daß diese Waaren in den ostafrikanischen Häfen liegen bleiben müßten, bis die subventionirte Dampferlinie in Tätigkeit tritt. Es ist Thatsache, daß seit dem Ausbruch des Aufstandes im ostafrikanischen Küstengebiet also seit August vorigen Jahres der Handelsverkehr völlig darniederliegt. Die Frachtmöglichkeiten, welche bis zum Ausbruch des Aufstandes vorhanden waren, haben sich inzwischen nicht vermindert, sondern durch die Errichtung einer französischen Dampferlinie vermehrt. In den Motiven der Vorlage wird ja auch nicht behauptet, daß die z. B. bestehenden Schiffsverbindungen nicht ausreichend seien, man erwartet vielmehr, daß die Errichtung einer direkten deutschen Linie das deutsche Ansehen und den deutschen Handel heben werde. Im Uebrigen wird die Vorlage im Reichstage doch nicht so ohne

Weiteres erledigt werden, da auch von Seiten der prinzipiellen Freunde derselben der Antrag gestellt werden wird, im Anschluß an die ostasiatischen Reichspostdampferlinien eine Zweiglinie Aden-Zanzibar, wie das schon 1885 befürwortet wurde, zu errichten.

— In Angelegenheit der Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I. dürfte, wie die „Nat.-Ztg.“ hört, in absehbarer Frist ein neues Ausschreiben einer beschränkten Konkurrenz ergehen, in welcher die in Betracht kommenden Plätze aufgeführt und zur freien Entscheidung der aufzufordernden Künstler gestellt werden sollen. Dieses Ausschreiben soll jedoch nicht einen Werthbewerb veranlassen. Vielmehr sollen die aufgeforderten Künstler reichlich entschädigt werden, wogegen ihre Arbeiten Eigenthum des Reiches würden. Über den auszuführenden Plan würden dann die gesetzlichen Faktoren entscheiden.

Der hier anwesende v. d. Goltz Pascha hat sich bei seinen Bekannten über den Fortgang der reformatorischen Arbeiten in der Türkei in hohem Grade befriedigt geäußert. v. d. Goltz Pascha hofft auch die militärische Eintheilung der Türkei in Landwehrbehörden nach deutschem Vorbilde, welche allerdings in ihrer Durchführung auf mancherlei Schwierigkeiten stoßen mag, noch zu erlangen, seine zur Fortführung seines Werkes von der Türkei nachgeführte fernere Abkommandirung ist von der Regierung behaftet in dem Sinne entschieden worden, daß v. d. Goltz noch zwei Jahre in der Türkei verbleibt. Seine Rückkehr würde demnach erst Ende 1891 zu erwarten sein, und an seiner Wiederanstellung in der deutschen Armee wird alsdann nicht gezweifelt.

Nachdem der Bundesrath seine Zustimmung dazu gegeben hat, daß die neu herauszugebende Pharmacopoe in deutscher Sprache erscheinen soll, wird dieselbe den Titel erhalten: „Deutsches Arzneibuch (Pharm. Germ., ed. III.)“. Der Text des Buches ist in sachlicher Hinsicht jetzt festgestellt, mit Ausnahme des Synonymenverzeichnisses, welches der neuen Ausgabe in größerem Umfange beigegeben werden soll und noch einiger Abänderungen bedarf.

Die Anträge, betr. eine Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten der Post und Telegraphie sind in den letzten Sitzungen des Reichstags vor der Vertagung, wie erinnert, mit den betr. Titeln an die Budget-Kommission verwiesen worden, so daß der Abschluß der zweiten Berathung des Etats nicht erfolgen kann, ehe über diese Anträge ein Bericht der Kommission vorliegt. Obgleich Staatssekretär v. Stephan bei der Berathung im Plenum den Antrag bekämpft hat, verlautete, wie der „Hamb. Korresp.“ schreibt, immer wieder, daß die Frage der Erhöhung der Unterbeamtengehälter durch einen Nachtrag zum Etat geregelt werden solle.

In Deutsch-Ostafrika sollen neue Kämpfe bevorstehen. Laut Kabelmeldungen aus Zanzibar rückt Bemana Heri, ein arabischer Führer der Aufständischen, im deutschen Küstengebiet, mit 6000 (?) Mann gegen Pangani. Vor zwei Tagen stieß er mit einer Abtheilung der deutschen Truppen zusammen, von welcher, wie gerüchtweise in Zanzibar verlautet, ein Offizier schwer verwundet wurde, während mehrere Soldaten gefallen sein sollen. Major Wissmann, der mehrere Dampfer und eine starke Truppenmacht in Bagamoyo versammelt hat, ist den Auführern entgegengezogen. — In den arabischen Plantagen bei Zanzibar sind Unruhen ausgebrochen, zu deren Unterdrückung 200 Soldaten des Sultans ausgesandt wurden. — Gerüchtweise verlautet, daß ein deutsches und ein britisches Geschwader wieder nach Zanzibar zurückkehren sollen.

Die Thatsache, daß die Provinz Schlesien und innerhalb Schlesiens der Regierungsbezirk Oppeln einen hervorragenden Platz in der Kriminalstatistik einnimmt, hat den Oberstaatsanwalt des Oberlandesgerichts Breslau, von Dresler, veranlaßt, ein Schreiben an den Ersten Staatsanwalt in Oppeln zu richten, in welchem auf diesen Umstand im All-

gemeinen, besonders aber noch darauf hingewiesen wird, daß die Kriminalstatistik für den Oberlandesgerichtsbezirk Breslau bezüglich der reichsgefechtlichen strafbaren Verbrechen und Vergehen fast die stärkste Zunahme innerhalb des ganzen Reichsgebietes zeigt. Während des Zeitraumes von 1882 bis 1887, so wird in dem betreffenden Schreiben angeführt, stieg in dem genannten Bezirke die Zahl der strafbaren Handlungen überhaupt um 38,83 Prozent, die Zahl der Diebstähle und Unterschlagungen um 17 Prozent, die der Körperverlegerungen um 78,57 Prozent, die der Beleidigungen um 46,99 Prozent. Diese so durchaus ungünstigen Zahlen führt der Oberstaatsanwalt auf die Verhältnisse in Oberschlesien zurück und führt dies in folgender Weise aus:

Auf je 100 000 strafmündige Einwohner kommen Verurtheilte wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze überhaupt in den Jahren 1882 bis 1886 im Regierungsbezirk Liegnitz im Durchschnitt 784, im Jahre 1887 nicht mehr als 786, im Regierungsbezirk Breslau lauten die betreffenden Zahlen 1248 und 1263, im Regierungsbezirk Oppeln dagegen 1651 und 1754. Während also in dem Regierungsbezirk Liegnitz eine Zunahme von nur 0,3 Prozent, also eine kaum nennenswerte Zunahme zu verzeichnen ist, in dem Regierungsbezirk Breslau eine solche von 1,2 Prozent, ist in dem Regierungsbezirk Oppeln eine solche von 6,3 Prozent zu verzeichnen. Die betreffenden Durchschnittsziffern für Preußen überhaupt betragen 1016 und 1037, die Zunahme also 1,1 Prozent. Während der Regierungsbezirk Liegnitz noch beträchtlich unter diesen Durchschnittsziffern für Preußen zurückbleibt, wird diese in dem Regierungsbezirk Oppeln um die Hälfte bis drei Viertel überschritten. Auffallend stark ist die Zunahme der Verbrechen und Vergehen gegen die Person, namentlich die der Körperverlegerungen in dem Regierungsbezirk Oppeln. Während in den Jahren 1882 bis 1886 die Durchschnittszahl 621 betrug, wies das Jahr 1887 solcher Fälle 750 auf, so daß also in diesem eine Zunahme von 20,77 Prozent zu verzeichnen war. Zu diesen letzten Zahlen bemerkt der Oberstaatsanwalt, daß sie die höchsten Kriminalziffern in ganz Preußen sind. Dem steht freilich eine Zunahme der Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen um 5,39 Prozent gegenüber, aber diese an und für sich erfreuliche Erscheinung verliert ihren Werth, wenn man bedenkt, daß auch so noch die betreffende Ziffer für das Jahr 1887 die Durchschnittsziffer für Preußen überhaupt, welche 475 betrug, um 297 oder 62,53 Prozent übersteigt. In dem Regierungsbezirk Oppeln, so führt das Schreiben beispielweise aus, haben die Kreise Beuthen O.-S., Zabrze und Katowitz im Durchschnitt der Jahre 1883 bis 1887 die weitaus höchsten Kriminalziffern bezüglich der gefährlichen Körperverlegerungen unter allen Kreisen Preußens aufzuweisen, hat Beuthen O.-S. überdies die zweitgrößte Kriminalziffer bezüglich der reichsgefechtlichen Verbrechen und Vergehen überhaupt unter allen kleineren Verwaltungsbezirken (Kreisen, Bezirksämtern u. dergl.) des deutschen Reiches. Dieselbe sei fast siebenmal so groß als z. B. diejenige der schlesischen Kreise Schönau und Bolkshain und über 14 mal so groß als z. B. diejenige der Kreise Tecklenburg und Warendorf in Westfalen. Den größten Prozentsatz an Verurtheilten im ganzen Regierungsbezirk hat der Kreis Lublitz aufzuweisen. In demselben kommen auf 10 000 Einwohner im Durchschnitt der Jahre 1883 bis 1887 Verurtheilungen wegen Verbrechen und Vergehen überhaupt 253,8, darunter wegen Gewalt und Drohungen gegen Beamte 8,9, wegen gefährlicher Körperverlegerung 36,7 wegen Diebstahls 85,6, wegen Betruges 3,3. In diesen Kreisen ist in den Jahren 1883 bis 1887 im Durchschnitt berechnet alljährlich der 39. Mensch ein Verurtheilter, während im Regierungsbezirk Oppeln überhaupt in dem schlimmsten dieser Jahre, 1887, erst auf den 58., im Regierungsbezirk Breslau auf den 79., im Regierungsbezirk Liegnitz sogar erst auf den 127., in Preußen überhaupt auf den 96. Menschen ein Verurtheilter kommt. Das Schreiben weiß dann darauf hin, daß die Zahl derjenigen, welche wegen Herstellung und Feilhaltung gefährlicher Nahrungs- und Genussmittel im Jahre 1887 verurtheilt worden sind, im Regierungsbezirk Oppeln sich auf 66 beläuft, daß diese Ziffer mehr als ein Viertel aller in Preußen überhaupt wegen dieser Handlungen Verurtheilten umfaßt und höher ist als die entsprechende Ziffer der Provinzen Sachsen, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz, Brandenburg mit Berlin und Ostpreußen zusammen genommen.

Der Erste Staatsanwalt in Oppeln hat, wie die „Köln. Ztg.“ hört, das Schreiben in Abschrift den sämtlichen Amtsvertretern seines Bezirks zugesandt mit dem Erfüllen, sich über die in denselben bereigten Fragen innerhalb sechs Wochen zu äußern. Auch im Schoße der Oppeler Regierung sind die betreffenden Fragen schon Gegenstand eingehender Erörterung gewesen.

Pilze als Ursache von Zahnläsionen.  
Bon Dr. Otto Zacharias.

(Nachdruck verboten.)

Wie es immer noch Fleischer giebt, welche die Existenz der Trichinen leugnen oder mindestens deren Schädlichkeit in Abrede stellen, so finden sich auch unter den älteren Aerzten vielfach solche, welche es für eine bloße Modeſache halten, daß man heutzutage bei jeder ansteckenden Krankheit nach einem Spaltpilz sucht, um ihre Entstehung und Verbreitung zu erklären.

Diese absprechenden Herren erinnern sich nicht des Umstandes, daß schon ihr berühmter Kollege, der Mediziner und Naturforscher Hufeland (im ersten Viertel des Jahrhunderts), von einem belebten Ansteckungsstoffe (*Contagium animatum*) sprach, der bei den epidemisch auftretenden Krankheiten im Spiele sein müsse. Seine Beobachtungen hatten ihn veranlaßt, eine derartige Theorie aufzustellen, wenn er sich auch außer Stande sah, dieselbe durch den mikroskopischen Nachweis zu erhärten.

Da machte 1835 der Italiener Bassi die interessante Entdeckung, daß die sogenannte „Muscardine“ — eine verheerende Krankheit der Seidenraupen — durch das Eindringen eines Schimmelpilzes verursacht werde. Hierdurch wurde mit einem Male der Gedanke angeregt, daß möglicher Weise auch andere epidemische Übel bei Menschen und Thieren auf die Gegenwart pilztartiger Wesen zurückführbar seien. Diese Vermuthung bestätigte sich in der Folge wirklich, insfern zu Beginne der 50er Jahre im Blute solcher Thiere, die von Milzbrand befallen waren, ein charakteristischer Spaltpilz, der heute wohlbekannte Milzbrand-Bacillus, nachgewiesen wurde. Dies geschah von Roher, Brauell und Pollender. Nach und nach gelang es, das Vorhandensein ähnlicher Parasiten bei den verschiedensten frankhaften Vorgängen zu erweisen, bis schließlich in den leichtver-

flossenen Jahren (nach Einführung der weltbekannten Kulturmethode Kochs) die Gegenwart von Spaltpilzen bei einer großen Anzahl von Krankheiten sicher festgestellt worden ist, so z. B. bei Cholera, Typhus, Tuberkulose, Diphtheritis, Lungentuberkulose, Syphilis und Kindbettfieber. Ganz neuerdings hat man auch die Krankheitsprozesse in der Mundhöhle, und insbesondere diejenigen der Zähne daraufhin untersucht, ob hierbei nicht auch pilztartige Organismen eine Rolle spielen, und die oft hochgradigen Zerstörungen am menschlichen Gebisse herbeiführen. Und wirklich hat sich auch in diesem Falle die gehetzte Voraussetzung bewahrheitet, wie dies durch die neuen und wichtigen Forschungen Prof. D. Millers in Berlin bewiesen wird, der die örtlichen und allgemeinen Erkrankungen, welche durch Mikroorganismen im Munde und an den Zähnen verursacht werden, zuerst eingehend studirt hat.\* Leuwenhock, der bekannte holländische Naturforscher, entdeckte schon vor 2 Jahrhunderten (1680) in dem Zahnbefall eines alten Mannes das jetzt wohlbekannte *Spirillum sputigerum*, einen schraubenförmig gewundenen Spaltpilz, der sehr lebhafte Bewegungen zeigte — ut tota aqua vivere videatur. Des letzteren Merkmals wegen hielt man die betreffenden Gebilde lange Zeit für Thiere (*animalia*), und noch gegenwärtig liest man auf der Enveloppe der Bergmannschen Zahnlösse, daß dieselbe dazu geeignet sei, die „Zahnthierchen“ zu vertreiben. Es muß bemerkt werden, daß Leuwenhock sein Material einer Person entnahm, die sich niemals die Zähne zu reinigen pflegte. Es wimmelte demgemäß von Spirillen in den bezüglichen Präparaten.

Aber auch bei sehr sauberen Leuten ist die Mundhöhle niemals ganz rein von Mikroorganismen, was erklärlich ist, wenn wir bedenken, daß mit den Nahrungsmitteln und durch den eingeathmeten Staub stets Pilzkeime importiert

\*) Vergl. D. Miller: die Mikroorganismen der menschlichen Mundhöhle, G. Thieme, Leipzig 1889 — eine vorzügl. Monographie!

werden können. Nach Miller sind es hauptsächlich 6 Arten von Spaltpilzen, welche man als eigentliche Mundbewohner bezeichnet kann. Vor allem 2 Fadenpilze (*Leptothrix buccalis* und eine Varietät derselben), welche unbewegliche, gegliederte Fäden von sehr verschiedener Länge und sehr winzigem Durchmesser (0,5—0,8 m) darstellen. Unter der Bezeichnung m ist stets der eintausendste Theil des Millimeters zu verstehen. Dann haben wir als 3. Mundbewohner den *Bacillus buccalis maximus* zu nennen, der oft in ganzen Ketten vorsichtiglich ist, die aus Büscheln von parallellaufenden oder sich kreuzenden Fäden besteht, die eine Länge von 30—150 m und eine Breite von 1—1,3 m besitzen. Dieser Pilz ist der größte von allen im Munde vorkommenden Bacillen. Aber derselbe vermag — eben seiner Größe wegen — nicht in die engen Kanäle des Zahnschlages einzudringen und daselbst Fäule (*Caries*) zu erzeugen. Ferner zählen zu den ständigen Mundpilzen *Jodococcus vaginatus* (der in Ketten von 4—10 Zellen erscheint, der schon oben erwähnte *Spirillum sputigerum* und die besonders am Zahnschlange häufig zu findende *Spirochaete dentium*. Letzterer besitzt Schraubenform und ist 8—25 m lang. Die speziellere Entwicklung und der Zusammenhang dieser Pilze mit bestimmten Zahnläsionen ist noch nicht genügend bekannt. Eine Zeit lang glaubte man, daß diese Mikroorganismen die Ablagerung des sogenannten „Zahnsteins“ bewirken, aber es hat sich bei näherer Untersuchung herausgestellt, daß die Masse jenes Kalkniederschlages in keinem Verhältniß zu der Anzahl der in einer Mundhöhle vorhandenen Pilze steht.

Neben den namhaft gemachten eigentlichen Mundpilzen kommen jedoch auch andere Formen in der Mundhöhle vor; dieselben erscheinen aber nicht so konstant, wie die zuerst aufgezählten. Miller, den wir hier als erste Autorität gelten lassen müssen, behauptet, daß außer den Fadenpilzen *Cladothrix* und *Beggiaatoa* sämtliche gewöhnliche Spaltpilzarten im Munde vertreten sein können. Es gelang, in Gelatine-Kulturen

— In dem Ausschus des deutschen Handelstages, der gegenwärtig in Berlin zusammengetreten ist, brachte der General-Sekretär des deutschen Handelstages, Konul Anreke, die voraussichtliche Veränderung der Handelsbeziehungen zum Auslande Deutschlands in den nächsten Jahren zur Sprache, die sich aus dem baldigen Ablauf der Handels- und Meistbegünstigungsverträge ergeben, indem er der Überzeugung Ausdruck gab, daß bei der Erneuerung dieser Verträge die prinzipielle Frage werde zum Austrag gebracht werden müssen, ob man bei einem autonomen Tarif beharren oder zum Konventionaltarif übergehen solle. Der Ausschus des Handelstages lehnte es jedoch ab, schon jetzt zu dieser Frage Stellung zu nehmen, da man nicht voraussehen könne, ob nicht wesentliche Veränderungen in den wirtschaftlichen Beziehungen der Länder in den nächsten zwei Jahren eintreten würden. — Im weiteren wurde die Notwendigkeit betont, eine genaue vergleichende Statistik über den Ein- und Ausfuhrhandel nach den verschiedenen Ländern seitens des kaiserlichen Statistischen Amts aufzustellen, und eine dahingehende Resolution beschlossen. Zu den Sitzungen des Ausschusses wurde auch lebhafte Klage geführt über die Zurückhaltung der Postverwaltung bei Anlage neuer Fernsprechverbindungen. Wie Herr Michels (Köln) mittheilte, verlangt das Reichspostamt für die Einrichtung von Fernsprechverbindungen zwischen den verschiedenen Plätzen entweder die Beteiligung von mindestens 20 Teilnehmern oder, daß seitens der Teilnehmer oder der beteiligten Handelskammern eine bestimmte Jahreseinnahme für die Dauer von 5 Jahren gewährleistet werde. So sei für die Fernsprechlinie Köln-Düren-Aachen die Garantie für eine jährliche Soll-Einnahme von 5500 Mark beansprucht worden, und für die projektierte Fernsprechverbindung Mainz-Koblenz-Köln werde die Gewährleistung einer Jahreseinnahme von 17 000 Mark verlangt. Allgemein wurde ausgesprochen, daß es für die Postverwaltung nicht angebracht sei, die Erweiterung des Fernsprechnetzes davon abhängig zu machen, daß die Anlageosten sich gleich in den ersten Jahren verzinsen. Weitere Gegenstände der Beratung bildeten die Frage der Zollbehandlung der Petroleumfässer und die Verschiedenheit der Termine für die Abhaltung der Fuß- und Bettage in den Bundesstaaten. In der ersten Frage wurde die Berechtigung der erneutten Beschwerden anerkannt, jedoch von Beschlussfassungen mit Rücksicht auf die Aussichtlosigkeit, hier Wandel zu schaffen, abgelehnt. Die Verschiedenheit der Fuß- und Bettage wurde als ein Mangel anerkannt, eine Agitation für Schaffung eines allgemeinen deutschen Fuß- und Bettages jedoch gleichfalls als aussichtslos abgelehnt.

— Über die preußischen Sparkassen im Rechnungsjahr 1889 bzw. 1888/89 veröffentlicht die „Statist. Korresp.“ einen Nachtrag, aus welchem sich ergibt, daß sich im letzten Berichtsjahr die Gesammlagen auf 2899,27 Millionen Mark beliefen, zu denen 197,17 Millionen Mark an Reserven und einige Millionen an Nebenkonds verchiedener Art hinzukommen, so daß die Sparkassen im Ganzen 3019,54 Millionen Mark zinsbar anzulegen vermöchten. Die Anlage dieser Gelder ist zumeist in derselben Weise wie in früheren Jahren geschehen, zum größten Theil in Wertpapieren und Hypotheken — mit ca. 85 Prozent der Gesamtsumme, wovon ca. 33 Prozent auf ersteres, je ca. 26 Prozent auf ländliche und städtische Hypotheken entfallen — in sehr geringem Prozentsatz in Schuldverschreibungen, Wechseln, gegen Faupfand, bei öffentlichen Instituten u. s. w. Die Zinsüberschüsse betrugen 28,48 Mill. M. oder 0,94 Prozent der zinsbar angelegten Bestände, dasselbe Prozentverhältnis wie im Vorjahr. Nach Provinzen gerechnet überschritten die Sparanlagen in den westlichen Provinzen, wie in früheren Jahren, so auch diesmal, erheblich diejenigen in den östlichen Provinzen, wenngleich relativ allerdings die Zunahme im Osten eine größere war. Die höchste Summe erreichten die Spareinlagen in Westfalen mit 505,22 Mill. Mark; darauf folgt Hannover mit 404,44 Mill. Mark, Rheinland mit 392,23 Mill. Mark, Schleswig-Holstein mit 333,53 Mill. Mark, Sachsen mit 331,71 Mill. Mark. Von da an steigen sich die Summen in weit erheblicher Weise ab. Schlesien weist nur 237,45 Mill. M. an Spareinlagen auf, und in den übrigen Provinzen sind die Einlagezummen erheblich unter 200 Mill. Mark: in Brandenburg 188,48 Mill., in Pommern 129,79 Mill., in Hessen-Rosau 128,61 Mill., in Berlin 112,97 Mill. Mark. Ostpreußen figurirt mit 47,28, Westpreußen mit 43,44, Polen mit 36,62 Mill. Mark; Hohenzollern ist mit 7,50 Mill. Mark verzeichnet.

Aus Schlesien. Waldenburg, 26. Dezember. Für eine große Anzahl von Bergarbeitern wird im kommenden neuen Jahre Arbeitsgelegenheit geschaffen. Der Fürst von Pleß läßt unmittelbar bei Zellhammer eine neue Grube eröffnen. Grund und Boden ist schon abgesteckt und dem Anbau über Tage entzogen. — Nach den Erhebungen über den Umfang der sogenannten Sachsgänger während des nunmehr abgelaufenen Jahres haben 20 631 ländliche Arbeiter außerhalb des Regierungsbezirks Oppeln vorzugsweise in den mittleren und westlichen Landesteile Arbeit gesucht. Diese treten aus dem Kreise Ratibor noch 1985 hinzu, welche zu gleichen Zwecken nach Österreich und Russland gegangen sind, wie andererseits unter den vorangeführten 20 631 Arbeitern sich auch mehr oder minder große Bruchtheile von solchen aus den Grenzkreisen Rybnik,

etwa 20 diverse Species zu züchten. Auffallend war das Vorherrschen der Mitrokokken, d. h. runderlicher oder nur wenig gestreckter Spaltpilze. Diese zeigten sich im Mundschleim sowohl wie im Zahnschmelz und im cariösen Zahnschmelz. Im Großen und Ganzen besteht aber noch keine hinlängliche Kenntnis über die einzelnen Formen.

Mit vollständiger Sicherheit weiß man indessen, daß die Entstehung der Zahnsäfte in ursächlicher Verbindung mit jenen Mundpilzen steht, insofern dieselben bei Anwesenheit von Kohlehydraten (z. B. Zucker) eine saure Gährung einleiten, welche zu einer Zerstörung des Zahnschmelzes und zur Auflösung des Zahnschmelzes — durch Entkalkung des letzteren — führt. Hauptsächlich wird unter dem Einfluß der genannten Pilze aus zuckerhaltigen Stoffen Milchsäure gebildet. Eiweißstoffen gegenüber benehmen sich die meisten Mundpilze in der Weise, daß sie dieselben peptonisieren, d. h. in lösliche Substanzen verwandeln. Hierdurch wird die weitere Schädigung der Zahne nach erfolgter Erkrankung begreiflich. Dem nun lösen die eindringenden Pilze die eiweißartige Grundsubstanz des Zahnschmelzes auf, erfüllen die zarten Röhren des Zahnschmelzes und vermehren sich üppig auf Kosten des immer mehr in Verfall gerathenden Zahns, der dann unrettbar verloren ist. Gewöhnlich wird die Caries als ein Fäulnisprozeß aufgefaßt, aber die für einen solchen charakteristischen Merkmale (vor Allem die alkalische Reaktion) sind nicht vorhanden. Ganz im Gegenteil reagiert das cariöse Zahnschmelz sauer und besitzt auch einen deutlich säuerlichen Geruch. Man kann demnach den betreffenden Vorgang viel richtiger als einen Verdauungsprozeß bezeichnen, insofern der Zahnschmelz an dem pepsinähnlichen Fermente in ganz ähnlicher Weise gelöst wird, wie Eiweiß durch das Pepsin des Magensaftes. Besonders sind es Mitrokokken, die im kranken Zahnschmelz gefunden werden, und somit scheint diesen runden Spaltpilzformen

Leobschütz und Neustadt befinden, die im Sommer in dem benachbarten Österreich Arbeit gehabt haben. Den größten Abzug seitens der eigentlichen Sachsgänger haben die Kreise Kreuzburg (1365), Rosenberg (3198) und Oppeln (5753) gehabt. Von den 20 631 meistgegangenen Arbeitern waren 11 125 männlich, 9506 weiblich; verheirathet waren im Ganzen 4901, unter den männlichen Sachsgängern befanden sich 827 verheirathete. Wegen Fortgang des Familienhauptes mußte in 58 Fällen die öffentliche Armenpflege in Anspruch genommen werden. — Ratibor, 25. Dezember. Der Herzog von Ratibor hat im Tosteter Kreise für 100 000 M. ein Grundstück gekauft, auf dem er Schweinezucht in großem Maße zu betreiben beabsichtigt.

Aus Sachsen, 28. Dezember. Wie verlautet, soll auf dem nächsten sächsischen Provinzialstandtage der Versuch unternommen werden, die drei Gewerbeakademien der Provinz Sachsen in eine zu verschmelzen.

## Belgien.

\* Brüssel, 30. Dezember. Der Aufstand im Kohlenbecken Charleroi wächst noch immer. Schon striken 20 000 Bergleute, und heute finden in Gohissart, Damprey, Chatelet und Montigny große Versammlungen statt, um über die „Greve noire“ zu berathen. Obwohl über die ruhige Haltung der Arbeiter nur eine Stimme herrscht, haben die Bürgermeister aller Orte, in denen der Aufstand ausgebrochen, auf Anweisung des Gouverneurs des Hennegau jede Ansammlung von mehr als fünf Personen verboten. Inzwischen wächst der Kohlenmangel in erschrecklicher Weise. Die Kohlenzeichen des Beckens haben auf Grund der Force majeur alle Kontrakte über Kohlenlieferungen für hinfällig erklärt; zahlreiche Metallwerke und industrielle Werke feiern — selbst schon im Becken Centre — und müssen ihre Arbeiter beurlauben. Selbst die Staatsbahnen verlangen vergeblich für den Jahresschlus noch 30 000 Tons Kohlen — kurz, Kohlennot überall, obwohl man in Deutschland und England Kohlen zu jedem Preise aufzukaufen sucht. Die Kohlenzeichen lehnen jede Verminderung der Arbeitszeit ab; ihre Vertreter werden heute auf Veranlassung der staatlichen und städtischen Behörden über Zugeständnisse nochmals berathen. Gelingt es heute im Anschluß an die angekündigten Versammlungen nicht, zwischen den Bergleuten und den Kohlenzeichen eine Einigung herzustellen, so muß man nicht nur einen allgemeinen Aufstand im Becken Charleroi erwarten, sondern auch befürchten, daß die Bergleute der benachbarten Kohlenbezirke mit denen Charlerois gemeinschaftliche Sache machen werden.

## Großbritannien und Irland.

\* London, 31. Dezember. Der Bericht des Schatzamtes weist die Einnahmen für das mit dem 31. Dezember schließende Vierteljahr mit 21 577 798 Pf. Sterling auf, gegen 21 266 907 Pf. Sterling in dem entsprechenden Vierteljahr des Vorjahrs, und für die mit dem 31. Dezember abschließenden 12 Monate 88 963 595 Pf. Sterling gegen 90 173 416 Pf. Sterling im Jahre 1888. Die Einnahmen aus den Zöllen haben in den 12 Monaten des vergangenen Jahres eine Zunahme von 496 000 Pf. und aus dem Post- und Telegraphen-Betrieb eine solche von 180 000 Pf. Sterling, dagegen aus den Steuern eine Abnahme von 1 Million Pf. Sterling und aus den sonstigen Abgaben eine Abnahme von 1 215 000 Pf. Sterling erfahren.

## Rußland und Polen.

\* Ueber eine Erkrankung des Zaren verlauten allenthaler wunderliche Gerüchte. Zuerst hieß es, der Zar habe die Influenza; dann traten in einigen Blättern sehr unbestimmte Mittheilungen über einen Vergiftungsversuch auf, an dessen Folgen der Zar angeblich darnieder liege, und jetzt kommt eine Meldung der „N. Pr. Ztg.“, der zufolge der Zar sich durch die Erregung, welche das plötzliche Erlöschen der elektrischen Beleuchtung im Schloß zu Gatschina in der Kaiserfamilie verursachte, eine Lungenkongestion zugezogen habe, die indes keinen Grund zur Besorgniß gebe. Ein Bulletin des kaiserlichen Leibarztes erklärt, daß der Zar an Blutandrang zur Lunge leide, und bezeichnet den Zustand des Monarchen als nicht beunruhigend; Thatsache ist jedoch, daß nur bei ernstlicheren Erkrankungen Bulletins über das Befinden des russischen Kaisers veröffentlicht werden.

der Hauptantheil an der Zerstörung menschlicher und thierischer Gebisse zuzukommen.

Ein Trost ist es übrigens, daß die Caries nicht eher größere Dimensionen annimmt, als bis die Gährungsprozesse in der Mundhöhle Monate und Jahre hindurch ihre entfaltende Wirkung auf die Zahne ausgeübt haben. Wir müssen also darauf bedacht sein, die Säurebildung im Munde thunlichst zu verhindern, was am besten dadurch geschieht, daß wir durch sorgfames Spülen und Putzen die Zahne möglichst frei von Speiseresten halten.

In erster Linie sind es die Überbleibsel von stärke- und zuckerhaltigen Speisen, welche das schädliche Gährmaterial liefern. Fleischtheilchen, welche zwischen den Zahnen haften bleiben, sind bei weitem nicht so zu fürchten. Freilich sind einzelne Menschen auch im höheren Grade als andere zur Aquisition von Zahnerkrankheiten geneigt. Die prädisponierenden Ursachen liegen dann aber stets in den Zahnen selbst, insofern dieselben weich und porös sind, oder gar Risse in der sonst gut schützenden Zahnschmelzdecke besitzen. Nicht minder wird durch eine gedrängte und unregelmäßige Zahnstellung eine Gelegenheitsursache zur Entstehung der Caries geboten, so daß man es für die Erhaltung der Zahne als sehr günstig ansehen muß, wenn dieselben weit von einander abstehen.

Um einen bereits angegriffenen Zahnen zu erhalten, nimmt man bekanntermaßen eine „Plombierung“ desselben vor, d. h. man füllt die ausgefressene Höhlung, nachdem dieselbe reinlich gereinigt und desinfiziert worden ist, mit einem Metallbret (Amalgam) an, welcher nach und nach vollkommen erhärtet. Nach Prof. Miller, der mit den manigfältigsten Füllmaterialien Versuche angestellt hat, ist Kupferamalgam die einzige Substanz, welche eine wirklich antiseptische Wirkung auf die Zahne ausüben vermag. Ein mit diesem Amalgam ausgefüllter Zahnen wird kaum

## Militärisches.

= Ein Vergleich der durch das Kriegsministerium für das 1. Quartaljahr 1889 festgesetzten Garnisonverpflegungszuschüsse mit denen des 1. Quartalsjahrs 1889 ergibt, daß 44 Garnisonorte einen niedrigeren Zuschuß als im vorigen Jahre haben, während 97 den gleichen und 223 einen höheren aufweisen. Die Herabsetzung betrug an 38 Orten 1 Pfennig pro Kopf und Tag, an 5 2 Pfennig und an 1 (Osterode in Ostpr.) 3 Pfennig. Die meisten Orte, an denen eine Erhöhung des Verpflegungszuschusses stattfinden konnte, liegen im Osten der Monarchie; allein im Bereich des I. Armee-Korps befinden sich 18. Die Erhöhungen betrugen an 100 Orten 1 Pf. an 77 2 Pf. an 36 3 Pf. an 8 4 Pf. und an 2 (Hagen i. W. und Pfalzburg) 5 Pf. Besonders im Bereich des XIV. (Württembergischen), des XI. (Hessischen) und des XV. (Elsass-Lothringischen) Armeekorps waren die Erhöhungen zahlreich. Den höchsten Satz haben Aachen mit 24 und Harburg mit 25 Pf. pro Tag und Mann, den niedrigsten Bartenstein und Hasenbürg mit 6 und Osterode mit 5 Pf.

= Die Patrouillen der Infanterie und Jäger werden geändert; in welcher Weise, läßt die betreffende Kabinetsordre, die vom 12. d. M. datirt, nicht klar erkennen. Man sieht aus ihr nur, daß eine Tasche vorn, die andere hinten getragen wird; die Andringung der letzteren macht zugleich eine Änderung des Tornisters nothwendig. Die betreffenden Neuordnungen und Änderungen, erster, soweit Mittel dafür verfügbar sind, sollen gleichzeitig mit dem Infanteriegewehr 88 zur Einführung gelangen.

## Vokales.

\* Bozen, den 2. Januar.  
Unterbringung von Geisteskranken in Privat-Irenanstalten. In Ergänzung eines Ministerialerlasses vom 19. Januar v. d. I. ist neuerdings bestimmt worden, daß, wenn ein Geisteskranker auf Veranlassung oder unter Zustimmung der zuständigen Gerichts- oder Ortspolizeibehörde in einer Privat-Irenanstalt untergebracht werden soll, es hierzu der Beibringung eines Attestes des Kreisphysikus oder Kreis-Bundardes nicht bedarf. Den vorbezeichneten Behörden bleibt es alsdann überlassen, sich vorher die erforderliche Überzeugung von dem geisteskranken Zustande der betreffenden Person auch durch ein zuverlässiges Attest eines anderen approbierten Arztes zu verschaffen.

## Handel und Verkehr.

\*\* Berlin, 31. Dezember. Zentral-Markthalle. Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle. Marktlage. Fleisch. Sehr starke Befuhr, lebhafte Geschäft, zum Theil höhere Preise. Brot- und Wild- und Geflügel. Bei mäßiger Befuhr, verläuft das Geschäft in allen Wildgängen still. Preise weichend. Geflügelmarkt überfüllt und wenig Umsatz. Fische. Befuhr nicht groß, doch ist das vorhandene Lager bedeutend. Das Geschäft verliert recht befriedigend bei guten Preisen. Butter. Ruhiges Geschäft. Nachfrage mäßig. Zufuhr nicht geräumt. Käse in allen Qualitäten fast leblos. Gemüse. Französische Salate etwas teurer. Obst. Apfel knapp und teuer. Süßfrüchte unverändert.

Fleisch. Rindfleisch Ia 55—60, IIa 46—54, IIIa 40—45, Kalbfleisch Ia 65—70, IIa 50—60, Hammelfleisch Ia 48—55, IIa 40—45, Schweinfleisch 60—65, Baconer do. — M. per 50 Kil.

Geräuchertes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 80—100 M. Speck ger. 80 M. per 50 Kil.

Wild. Damwild per Kil. 0,40—0,50, Rothwild per Kil. 0,35—0,45, Rehwild Ia 0,70—0,85, IIa bis 0,65, Wildschweine 0,30 bis 0,50 M., Hirsche per Stück 3,20—3,45 M.

Wildgeflügel. Hahnenhäähne 3,50—4,75 M., Hasenhähnen 2,50—3,50 M., Wildenten 1,00—1,40 M., Seienten 0,50—0,75, Krickente — Pf. Waldschnecken 3,50 M. Hasenhühner 0,80, Schneehühner 0,90 M.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse, per Stück — Enten — M. Ratten — M. Hirn — M. Tauben 0,40—0,45 M. per Stück.

Fische. Hechte p. 50 Kilogr. 57—66 M., Zander 70—100 M., Barbe M., Karpfen, große 85 M., do. mittelgr. 71—78 M., do. kleine 70 M., Schleie 60—70 M., Bleie 47 M., Wund 55 M., bunte Fische (Schloß u. s. w.) 30—42 M., Aale gr. — M. do. mittelgroße — M. do. kleine — M. Krebs, große pr. Schok — M., mittelgr. 2,50—4 M., do. kleine, 10 Centimeter, 1,40—1,50 M.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia 116—118 M., IIa 112 bis 115 M., schlesische, pommerische und posensche Ia 115—117 M., IIa 112 bis 115 M., ger. Hofbutter 105—108 M., Landbutter 85—93 M. — Eier. Hochpriester Eier 4,30 M., Kalteier 4,00 M. per Schok netto ohne Rabatt.

Gemüse und Krüchte. Daberische Speisekartoffeln 1,20—1,60 M., do. blaue 1,20—1,60 M., do. weiße 1,20—1,60 M., Rümpfchen Delftsatz 5—6 M., Zwiebeln 8,00—8,50 M., per 50 Kilogr. Mohrrüben lange per 50 Liter 1 Mark, Blumenkohl, per 100 Kopf

noch an irgend einer Stelle von Mundpilzen angegriffen, so daß dessen Verwendung sehr zu empfehlen wäre. Im gewöhnlichen Geschäftsverkehr der praktischen Zahnärzte macht man bis jetzt nur sehr beschränkten Gebrauch von Kupfer als Füllmasse.

Außer den eingangs aufgezählten unschuldigeren Mundpilzen gibt es aber auch solche, welche ernsthafte Störungen des Allgemeinbefindens hervorzurufen im Stande sind. Mehrere dieser Pilze lassen sich auf geeigneten Nährböden züchten, andere nicht. Zu letzteren gehört der wichtigste von allen pathogenen (d. h. frankheitserregenden) Bewohnern des Mundes, der sogenannte Kapself-Kokkus, welcher unter Umständen sogar Blutvergiftung herbeiführen kann. Es liegt auf der Hand, daß Verwundungen innerhalb des Mundes (bei Unsauberkeit des letzteren) zum Auftreten von Vergiftungsscheinungen (Septicämie) Anlaß geben können, weil dann sehr leicht solche Kokken ins Blut gelangen. Nicht minder gefährlich ist es, aus dem gleichen Grunde, mit fäullich gebrachten und schlecht gereinigten Instrumenten eine blutige Operation im Munde vorzunehmen, weil dann ebenfalls eine Importirung von Spaltpilzen in das Blut des Patienten möglich ist. Aber nicht allein bei Zahneraktionen, sondern auch bei weniger energischen Manipulationen in der Mundhöhle (Entfernung des Zahns, Füllung der Zahne u. c.) sollte die größte Sorgfalt darauf verwendet werden, daß die Instrumente stets peinlich sauber und aseptisch gehalten werden. Nach dem heutigen Stande unseres Wissens ist es keine leere Befürchtung, wenn wir sagen, daß durch den leichtfertigen Gebrauch ungenügend gereinigter zahnchirurgischer Instrumente frankhafte Zustände (z. B. auch Syphilis) von einem Menschen auf den anderen verpflanzt werden können. Das Huselandsche Contagium animatum kennen wir jetzt, und es ist eine Pflicht aller Operatoren, die gewonnene neue Erfahrung sich und ihrer Patienten zu Nutze zu machen.

